

5. September 2006

Politischer Bericht 12 / 2006

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Genossinnen und Genossen,

heute übersende ich Ihnen/Euch den ersten Bericht nach der Sommerpause.

I. Zur Lage

Zum Bundeshaushalt 2007

Der Bundesfinanzminister bringt in dieser Woche den **Bundeshaushalt 2007** ein. Es ist der zweite gemeinsame Haushalt der Großen Koalition, den wir damit auf den Weg bringen. Mit dem ersten Haushalt, den wir im Juni 2006 beschlossen haben, setzten wir wichtige Impulse zur Stabilisierung und auch Stärkung des wirtschaftlichen Aufschwungs.

Wir haben mit dem Haushalt 2006 klar die Prioritäten auf die Unterstützung vor allem der Binnennachfrage gesetzt. Diese Strategie ist aufgegangen, wie die aktuellen Daten aus der Wirtschaft und vom Arbeitsmarkt zeigen:

- Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist im zweiten Quartal 2006 um 0,9 % gewachsen. Das ist der stärkste Zuwachs seit fünf Jahren.
- Der private Konsum wird nach Einschätzung der Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) in diesem Jahr stärker steigen als erwartet. Die Jahresprognose der GfK ist von 0,5 % auf 0,7 % erhöht worden
- Der Konjunkturfunkte ist endlich vom Export auf die Binnenkonjunktur übergesprungen. Vor allem die Bauwirtschaft und verstärkte Investitionen tragen zum Aufschwung bei.

Mit der erfreulichen wirtschaftlichen Entwicklung im Rücken kann nun der Dreiklang aus Konsolidierung, strukturellen Reformen und Investitionen fortgesetzt werden.

Aufgrund der aktuell positiven Entwicklung der Steuereinnahmen auf allen Staatsebenen sieht es so aus, als werde es bereits in diesem Jahr gelingen, das gesamtstaatliche Defizit unter 3 % des BIP zu halten. Das wäre das erste Mal seit 2002 und ein weiterer Beleg dafür, dass wir mit unserer Doppel-Strategie Konsolidierung und Stärkung der Wachstumskräfte auf dem richtigen Weg sind.

Diesen Weg gehen wir auch mit dem Bundeshaushalt 2007 konsequent weiter:

- Wir wollen im kommenden Jahr die Nettokreditaufnahme gegenüber dem Haushaltssoll 2006 um rd. 16 Mrd. Euro senken. Das sind mehr als 40 %.
- Gleichzeitig stabilisieren wir die Investitionen des Bundes bei rd. 23,5 Mrd. Euro. Damit können wir die für die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Deutschland wichtigen Infrastrukturleistungen auf hohem Niveau halten.
- Und wir setzen den Weg fort: weg von Vergangenheitssubventionen hin zu Zukunftsinvestitionen wie Forschung, Bildung und Familienförderung (z. B. Elterngeld). Das 25 Mrd.-Euro-Impulsprogramm wird in 2007 verstärkt weitergeführt.

Zum Libanon (Nahost-) Einsatz der Bundeswehr

Laut UN-Resolution 1701 ist für den Einsatz von UNIFIL-Truppen zur seeseitigen Grenzsicherung eine konkrete Anforderung der libanesischen Regierung an die Vereinten Nationen (VN) nötig. Diese Anforderung liegt bis heute nicht vor. Deshalb hat Bundeskanzlerin Merkel die für heute Morgen geplante Kabinettsitzung abgesagt. Wann mit der Anfrage der libanesischen Regierung zu rechnen ist, ist derzeit noch offen.

Das Angebot der Bundesregierung, deutsche Marinesoldaten zum Schutz der libanesischen Gewässer zu entsenden, besteht natürlich auch weiterhin.

Wegen der besonderen Tragweite dieser Entscheidung werde ich sorgfältig abwägen, ob die Voraussetzungen für den Bundeswehreinsatz vorliegen. Diese ist nur dann vertretbar, wenn damit nachhaltige politische Wege eröffnet werden, die Situation in Nahost zu befrieden. Dies schließt zwingend die Lösung des Palästina-Problems mit ein. Eines steht für mich: Deutschland wird in der Region sowohl von den arabischen Staaten, erst recht aber auch von Israel als ehrlicher Makler angesehen, dem am ehesten die Rolle zugetraut wird, die jahrzehntealten Konflikte zu einem guten Ende zu führen. Die ist für mich ein wesentlicher Aspekt, den es bei der Gesamtabwägung zu berücksichtigen gilt. Im Übrigen verweise ich auf den als Anlage beigefügten Beschluss des Parteivorstandes der SPD vom 04. September 2006.

Aber ohne eine Anforderung aus Beirut an die VN werden keine deutschen Soldaten entsandt. Für einen solchen Einsatz braucht es klare Bedingungen und die erkennbare Bereitschaft des Libanon, deutsche Soldaten als Hilfe anzunehmen. Zum Schutz unserer Soldaten wollen wir ein robustes Mandat unter Zustimmung der Konfliktparteien und des Deutschen Bundestages. Ein robustes Mandat umfasst die Möglichkeit, verdächtige Schiffe notfalls auch ohne Zustimmung des jeweiligen Kapitäns zu untersuchen.

Der weitere Zeitplan ist abhängig davon, wann die libanesisische Regierung die Marine-Kontingente zum Schutz der Seegrenze anfordert. Es ist deshalb auch nicht auszuschließen, dass wir uns außerhalb der regulären Sitzungswochen treffen müssen, um über ein Mandat für die Bundeswehr zu beraten.

Zum Fleischskandal in Bayern

In Bayern ist Fleisch durch mehrere Firmen unsachgemäß und viel zu lang gelagert worden. Dieses Gammelfleisch wurde offensichtlich auch in andere Bundesländer, wie Hessen, Niedersachsen und Sachsen-Anhalt geliefert.

Dies ist kein Kavaliersdelikt. Die Verantwortlichen haben eine Schädigung des Verbrauchers billigend in Kauf genommen. Die Täter müssen bestraft werden.

Verantwortlich sind aber auch die bayerischen Behörden. Die Tatsache, dass erst durch einen anonymen Hinweis an die Polizei der Fleischskandal überhaupt aufgedeckt werden konnte, zeigt dass die Lebensmittelkontrollen unzureichend sind.

Der Fleischskandal zeigt aber auch die Notwendigkeit des von der SPD vorangetriebenen und nun hoffentlich vom Bundesrat am 22. September 2006 endlich verabschiedeten Verbraucherinformationsgesetzes.

Das Verbraucherinformationsgesetz ersetzt zwar keine Kontrolle, aber die Rechte der Verbraucherinnen und Verbraucher werden gestärkt. Das Gesetz sieht erweiterte Informationsrechte der Bürgerinnen und Bürger gegenüber Behörden vor und erlaubt den Behörden, bei Verstößen auch die Namen der betroffenen Firmen zu nennen.

Die Union hat bei diesem Gesetz gebremst und bekommt bereits vor der endgültigen Verabschiedung die erste Quittung. Die SPD-Fraktion wollte und will nach wie vor ein umfassenderes Gesetz, das auch einen Informationsanspruch der Verbraucher gegenüber Unternehmen beinhaltet. In einem entsprechenden Entschließungsantrag haben wir im Juni 2006 unsere Forderung nach einer regelmäßigen Evaluierung und gegebenenfalls Modifikation des Gesetzes unterstrichen.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'S. Ehrmann', written in a cursive style.

Siegmund Ehrmann, MdB

II. Aktuelles Thema

Konjunkturelle Entwicklung

Deutschland ist im Aufschwung. Der Knoten ist geplatzt. Die wirtschaftliche Dynamik gewinnt weiter an Fahrt. Nachdem die Wirtschaft gut in das laufende Jahr gestartet war, hat sich die Erholung der wirtschaftlichen Aktivität im zweiten Quartal dieses Jahres beschleunigt fortgesetzt.

Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes hat das Bruttoinlandsprodukt (BIP) im zweiten Quartal 2006 preis-, kalender- und saisonbereinigt gegenüber dem ersten Quartal um 0,9 % zugenommen. Dies ist der stärkste BIP-Zuwachs seit fünf Jahren. Im Vergleich zum Vorjahresquartal erhöhte sich das BIP real um 1,0 %.

Für einen anhaltenden Aufwärtstrend der Konjunktur in Deutschland spricht weiterhin auch die Entwicklung der wichtigsten realwirtschaftlichen Indikatoren. Insbesondere zeigte sich in den vergangenen Monaten eine zunehmende Dynamik der Binnenkonjunktur. Der private Konsum wird nach Einschätzung der Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) in diesem Jahr stärker steigen als bisher erwartet. Die Jahresprognose der GfK ist von 0,5 Prozent auf 0,7 Prozent erhöht worden. Der Konsumklimaindikator, der die Bereitschaft für größere Anschaffungen misst, stieg von 8,5 Punkten im August auf prognostizierte 8,6 Punkte für den Monat September. Der Konjunkturfunktor ist damit vom Export auf die Binnenkonjunktur übergesprungen. Vor allem die Bauwirtschaft und verstärkte Investitionen tragen zum Aufschwung bei.

Von der Industrie gingen auch im zweiten Quartal spürbare Impulse für das gesamtwirtschaftliche Wachstum aus. Die

Industrieproduktion stieg im zweiten Quartal mit +1,5 % noch weitaus stärker als im ersten Quartal (+0,6 %).

Die inländischen Umsätze und Auftragseingänge der Industrie haben sich in den vergangenen Berichtsmonaten ebenfalls günstig entwickelt.

Bei weiterhin zu erwartenden Impulsen vom Außenhandel ist deshalb nach der aktuellen Datenlage von einer weiteren Zunahme der Wirtschaftsleistung in den kommenden Monaten auszugehen.

Mittlerweile tragen auch die privaten Investitionen in Deutschland wieder merklich zum Wirtschaftswachstum bei. Im laufenden Jahr ist nach Angaben des DIW mit einem Zuwachs der realen Ausrüstungsinvestitionen um etwa 5,5 % gegenüber dem Vorjahr zu rechnen.

Auch die Wirtschaftslage der Gewerblichen Wirtschaft bleibt im August unverändert günstig. Der ifo-Indikator für die aktuelle Konjunkturlage blieb auf dem hohen Niveau des Vormonats.

Innerhalb eines Jahres ist der Indikator für das Geschäftsklima von 94,7 Punkten (August 2005) auf 105,0 Punkte (August 2006) gestiegen. Einen solch hohen Sprung nach vorne zieht auch Erholungsphasen nach sich. Fest steht aber: Die Stimmung in der Gewerblichen Wirtschaft bleibt aber immer noch ausgesprochen positiv und steht mit einer weiter deutlich aufwärts gerichteten Wirtschaftsentwicklung im Einklang.

Auch im europäischen Vergleich steht Deutschland gut da. Das Wachstum in Deutschland entspricht in etwa dem Durchschnitt des Wachstums im Euroraum, im ersten Quartal lag Deutschland mit einer Wachstumsrate von 0,7 sogar leicht über dem durchschnittlichen Wert des Euroraums.

Wachstum im Euroraum auf breiter Basis (Ausgewählte Euro-Staaten)

	2005				2006	
	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal	1. Quartal	2. Quartal
<i>Euro-Raum</i>	0,4	0,4	0,6	0,3	0,6	0,9
Deutschland	0,6	0,3	0,5	0,3	0,7	0,9
Frankreich	0,1	0,0	0,7	0,2	0,5	1,2
Italien	-0,4	0,6	0,3	0,0	0,7	0,5
Spanien	0,8	0,8	0,9	0,9	0,8	0,9
Niederlande	0,2	0,7	0,7	0,6	0,3	1,0
Belgien	0,1	0,3	0,5	0,6	0,9	0,8
Österreich	0,2	0,5	0,7	0,7	0,6	1,0

Auch mehren sich die Anzeichen, dass der Aufschwung im kommenden Jahr anhält, trotz Mehrwertsteuererhöhung.

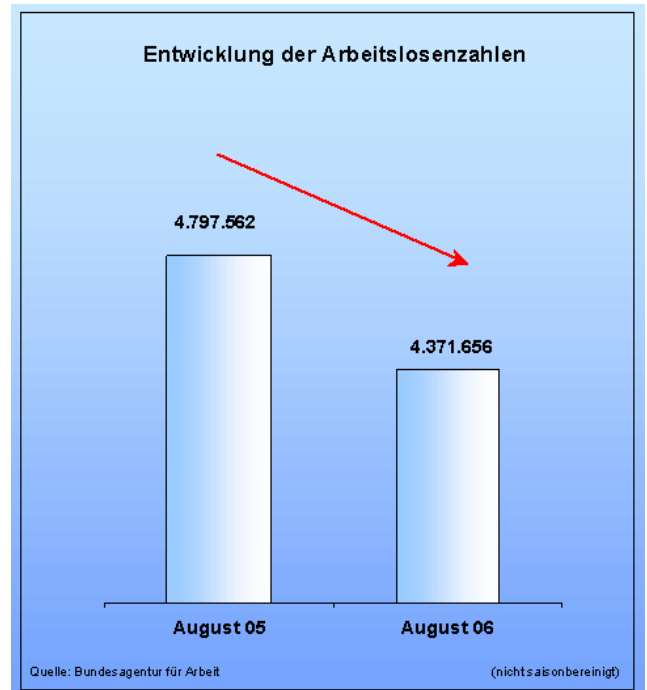
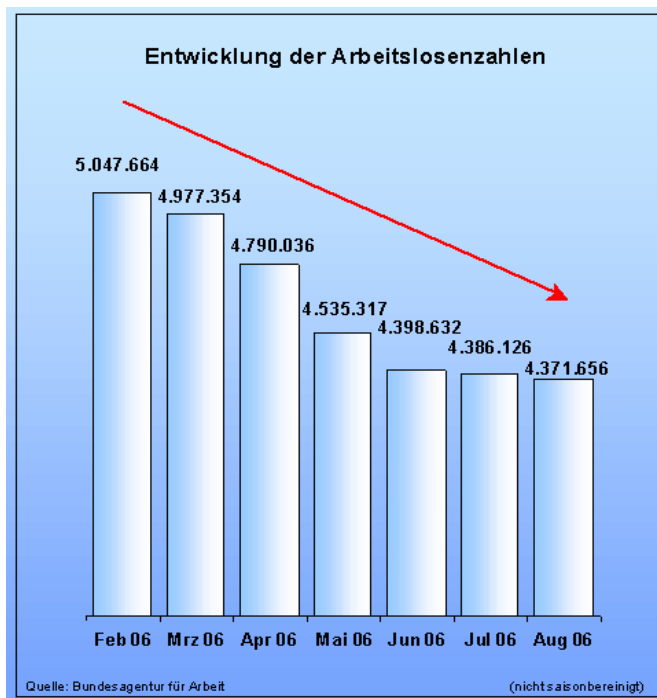
Lage auf dem Arbeitsmarkt

Die anhaltende konjunkturelle Erholung trägt zur Besserung auf dem Arbeitsmarkt bei.

Die Zahl der Arbeitslosen hat im August um 14.000 auf 4.372.000 abgenommen.

Seit Februar 2006 ist die Zahl der Arbeitslosen von rund 5,04 Millionen auf 4,37 Millionen im August 2006 gesunken. Im Vergleich zum Vorjahresmonat ist die Zahl

der Arbeitslosen um rund 426.000 zurückgegangen (West: -297.000; Ost: -129.000). Die Quote beträgt aktuell 10,5 %, gegenüber 11,6 % im August 2005.



Die Zahl der Erwerbstätigen ist im Juli 2006 saisonbereinigt (Inlandskonzept; aktuellster Wert) um 53.000 gestiegen. Im Vergleich zum Vorjahreswert ergab sich sogar eine Steigerung um 306.000.

Neben der konjunkturellen Entwicklung sind eine Reihe von weiteren Faktoren Ursache für die günstige Entwicklung am Arbeitsmarkt:

- ein größeres Angebot an Arbeitsgelegenheiten
- eine intensive Vermittlungspolitik
aber auch
- das 25 Milliarden Euro umfassende Wachstumsprogramm der Bundesregierung

Nach wie vor ist zu berücksichtigen, dass durch die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe ein statistischer Sondereffekt entstanden ist. Genaue

Zahlen sind derzeit nicht mehr ermittelbar. In der letzten Veröffentlichung durch die BA im April 2006 wurde dieser Sondereffekt mit rund 330.000 Personen beziffert.

Wir wollen und werden uns trotz erster Erfolge mit der Situation auf dem Arbeitsmarkt nicht zufrieden geben.

Eines steht aber fest: Ohne die bereits unter Gerhard Schröder eingeleiteten Reformen hätte der Anstieg der Arbeitslosigkeit nicht gestoppt und in eine Abwärtsrichtung gebracht werden können. Die Arbeitslosigkeit weiter zu verringern bleibt eines der Hauptziele unsere Politik.

IV. Standort Deutschland

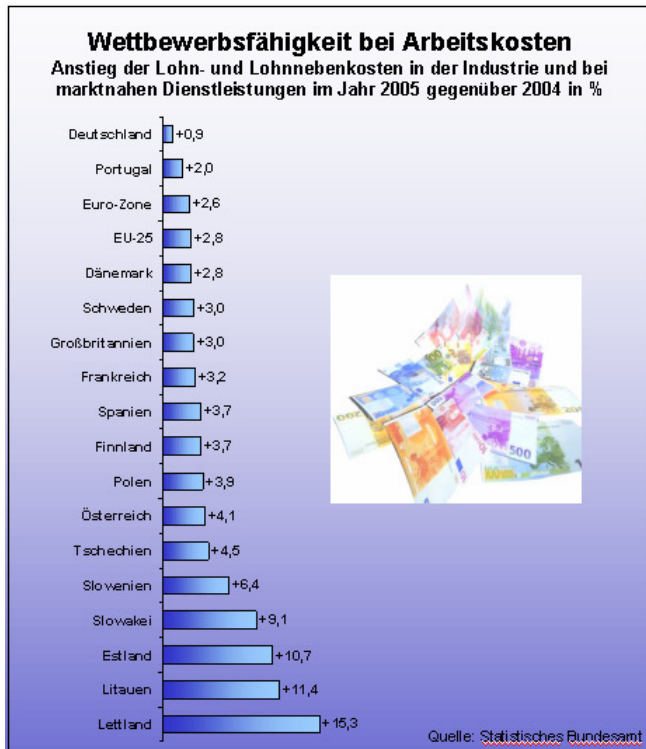
1. Gute Konjunkturlage



Die deutsche Wirtschaft ist im Aufschwung.

Für 62 Prozent der Top-Manager hat sich im ersten Halbjahr die wirtschaftliche Lage besser entwickelt als erwartet.

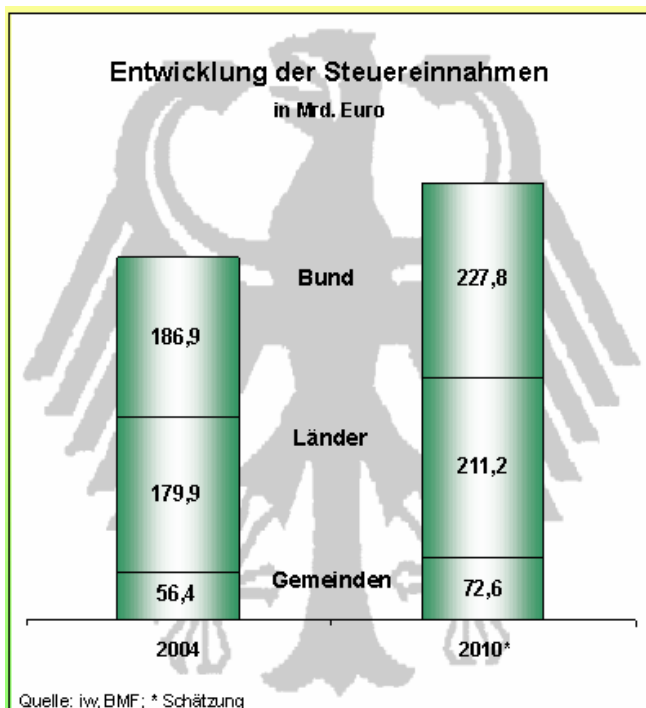
2. Gute Wettbewerbsfähigkeit



Die Arbeitskosten in Deutschland entwickeln sich moderat.

2005 betrug der Anstieg nur 0,9 Prozent. In anderen europäischen Ländern gibt es größeren Druck, was die Dynamik der Löhne und Nebenkosten angeht. Die Arbeitskosten setzen sich zusammen aus den Bruttolöhnen und -gehältern sowie den Sozialbeiträgen der Arbeitgeber.

3. Günstige Einnahmenentwicklung



Die Steuern in Deutschland sprudeln wieder kräftiger. Das sagen die Steuerschätzer für die nächsten Jahre voraus.

Im Jahr 2010 werden Bund, Länder und Gemeinden rund 512 Milliarden Euro einnehmen - fast 90 Milliarden Euro mehr als im Jahr 2004.

04.09.2006

Beschluss des SPD- Parteivorstandes: Anstöße für ein politisches Gesamtkonzept in Nahost

Der SPD-Parteivorstand hat in seiner heutigen Sitzung einstimmig Anstöße für ein politisches Gesamtkonzept in Nahost beschlossen:

Für einen dauerhaften Frieden
Anstöße für ein politisches Gesamtkonzept in Nahost

Durch die UN-Resolution 1701 gibt es die Chance, ein Ende des erschütternden Konflikts im Nahen Osten zu erreichen. UN-Generalsekretär Kofi Annan hat mit der israelischen und libanesischen Regierung eine Vereinbarung über eine Waffenruhe getroffen, die von den Konfliktparteien weitgehend eingehalten wird und die Anlass zur Hoffnung gibt, dass das entsetzliche Leid der Menschen vor Ort beendet werden kann.

Dabei ist klar, dass der Nahost-Konflikt nicht allein durch militärische und polizeiliche Maßnahmen gelöst werden kann. Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wissen, dass man bei den Ursachen von Konflikten ansetzen muss, wenn man zu einem dauerhaften und stabilen Frieden kommen will. Unsere Ziele sind auch hier die Förderung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten.

Neben der schnellen humanitären Hilfe, die die Menschen erreichen muss, ist es nun entscheidend, eine weitgehende politische Flankierung vorzunehmen, um eine nachhaltige Perspektive in der Region zu entwickeln. Nur die Kombination aus einer starken politischen Initiative mit dem Einsatz einer UN-Friedenstruppe hat Aussicht auf Erfolg.

Jede Initiative muss dabei international eingebettet sein: Den Vereinten Nationen im Quartett mit der EU, den USA und Russland kommt dabei eine zentrale Rolle zu. Das Nahost-Quartett muss seine seit 2002 laufende gemeinsame Arbeit zur Umsetzung des Nahost-

Friedensfahrplans („roadmap“) nun wieder verstärkt aufnehmen. Ebenfalls sind die Länder in der Region gefragt, einen substantiellen Beitrag für einen stabilen Frieden zu leisten.

Außenminister Frank-Walter Steinmeier hat diesem Ansatz Rechnung getragen, indem er seine diplomatischen Initiativen eng mit unseren internationalen Partnern abgestimmt hat. Mit seinem unermüdlichen Engagement und durch seine Reisen nach Israel, Libanon, in die Palästinensischen Autonomiegebiete, nach Ägypten, Jordanien und Saudi-Arabien leistet der deutsche Außenminister einen entscheidenden Beitrag zur Regelung des Konflikts und zu einem umfassenden Lösungsansatz.

Die Beschlüsse der Vereinten Nationen, der Europäischen Union, des G8-Gipfels und der Libanon-Konferenz in Rom zeigen, dass die internationale Gemeinschaft weiß, dass ein breiter Lösungsansatz für den Nahen Osten Not tut.

Aus Sicht der SPD muss ein politisches Gesamtkonzept u. a. folgende Punkte enthalten:

1.

Israel sichern: Alle Initiativen in und für die Region müssen darauf hinauslaufen, die Sicherheit Israels zu verbessern. Jeder, der auch nur den leisesten Zweifel am Existenzrechts Israels aufkommen lässt, muss mit unserem entschiedenen Widerstand rechnen. Israel hat ein selbstverständliches Recht, in Frieden und ohne Furcht vor unsäglichen Attacken zu leben. Die als Geiseln genommenen israelischen Soldaten müssen unverzüglich und bedingungslos freigelassen werden.

2.

Libanon stärken: Der Libanon war nach Beendigung des Bürgerkriegs auf einem guten demokratischen Weg. Die Menschen im Libanon haben ein Recht auf eine friedliche Zukunft. Ziel aller Maßnahmen für den Libanon muss sein, eine – auch für die Menschen vor Ort – funktionierende Staatlichkeit wieder herzustellen, die für eine innere Befriedung des Libanon notwendig ist. Dies beinhaltet humanitäre Hilfe und umfassende Aufbauhilfe für die zerstörte Infrastruktur, beispielsweise beim schnellen Wiederaufbau der Wasserversorgung. Zusätzliche Instrumente für eine Stabilisierung des Libanon könnten u.a. eine internationale Geberkonferenz, ein Schuldenerlass und die Einstufung des Libanon als Kooperationsland für Entwicklungshilfe sein.

3.

Palästina aufbauen: In erster Linie muss es hierbei darum gehen, den Geist der sogenannten roadmap, den von Israel und Palästina anerkannten, bislang aber nicht umgesetzten Friedensplan, wieder neu zu beleben. Es bleibt dabei, dass ohne die Herstellung eines eigenständigen überlebensfähigen palästinensischen Staates eine Lösung des Nahost-Konfliktes nicht möglich ist.

Außerdem müssen mit großem Nachdruck die Fragen der Grenzziehung, der palästinensischen Flüchtlinge, der Siedlungen, des Status Jerusalems und der Verteilung der Wasserressourcen geklärt werden.

Deutschland und die EU werden sich weiterhin mit großem Engagement und substantieller Finanzhilfe für Palästina einsetzen. Israel muss, um die Lebensbedingungen vor Ort zu verbessern, die palästinensischen Mittel aus Steuern und Zoll freigeben, sowie die Bewegungsfreiheit für Menschen und Güter wiederherstellen.

4.

Humanitäre Hilfe verstärken: In den palästinensischen Gebieten ist die humanitäre Situation zum Teil erschütternd. Die internationale Gemeinschaft – und damit auch Deutschland -

muss über das bereits Veranlasste hinaus, schnell und unbürokratisch Mittel zur Verfügung stellen, um eine Versorgung der Menschen sicherzustellen.

5.

Zivilgesellschaftliche Strukturen fördern: In den palästinensischen Autonomiegebieten gibt es positive zivilgesellschaftliche Entwicklungen und Ansätze eines konstruktiven innerpalästinensischen Dialogs. Es ist notwendig, diesen Prozess zu begleiten und zu fördern, mit dem Ziel, zu einer inneren Befriedung in Palästina zu kommen. Der palästinensische Präsident Machmud Abbas ist der gewählte Repräsentant seines Volkes, der unsere intensive Unterstützung verdient. Darüber hinaus hat das Nahost-Quartett der Hamas-Regierung einen Dialog angeboten. Die hierfür genannten Forderungen (Anerkennung Israels, Abschwören von Gewalt und das Akzeptieren der einschlägigen internationalen Vereinbarungen) gelten unverändert. Auf dieser Basis befürworten wir einen Dialog mit der gewählten palästinensischen Regierung. Die Bildung einer Regierung der nationalen Einheit, die die Quartett-Kriterien anerkennt, wird befürwortet.

6.

Freilassung von Gefangenen: Die Europäische Union hat zurecht gefordert, die gewählten palästinensischen Regierungsmitglieder und Parlamentarier freizulassen. Dies ist ein wichtiger Schritt, der zu einer Entspannung der Situation beitragen würde.

7.

Regionale Mächte einbeziehen: Es ist ein richtiger Ansatz des deutschen Außenministers, den schwierigen Gesprächspartner Syrien in die diplomatischen Aktivitäten einzubeziehen.

Allerdings kann ein solcher Dialog nur auf der Grundlage eines klaren Bekenntnisses zum friedlichen Ausgleich regionaler Interessenunterschiede erfolgen. Erst damit bietet sich die Chance, in einen umfassenden Dialog über nachhaltigen Frieden einzusteigen und Grenzfragen endgültig zu klären.

Auch andere Länder in der Region und die Arabische Liga sind Gesprächspartner, die einen Beitrag zu einer Gesamtlösung leisten können und müssen. Wir wollen den Dialog mit allen Partnern, die an einem umfassenden Frieden auf der Basis internationaler Vereinbarungen interessiert sind.

Das Angebot, das die Europäische Union zusammen mit den ständigen Sicherheitsratsmitgliedern an Iran gemacht hat, zeigt, dass wir bereit sind, mit allen Staaten in der Region in einen konstruktiven Dialog einzusteigen. Iran sollte die Chance nutzen und konstruktiv auf den Vorschlag reagieren.

8.

Abrüstungsinitiativen wiederbeleben: Wir müssen das Thema Abrüstung wieder mit größerem Nachdruck auf die Tagesordnung setzen. Dabei gilt es, den Nichtverbreitungsvertrag insgesamt zu stärken und alle Länder, die ihn bislang nicht unterzeichnet haben, zu ermutigen, dies zu tun. Wir halten am Ziel einer atomwaffenfreien Welt fest und müssen auch über regionale Sicherheitsstrukturen den berechtigten Sicherheitsinteressen der Länder Rechnung tragen.

Im Bereich konventioneller Waffen, auch der sogenannten kleinen und leichten Waffen, müssen wir verstärkt initiativ werden. Die Zusammenarbeit Deutschlands mit der Arabischen Liga und ihrer Mitgliedsstaaten im Bereich der Kleinwaffenkontrolle und -zerstörung ist ein gutes Beispiel für eine vorausschauende Politik, die intensiviert werden muss.

Regionale Abrüstungsinitiativen - auch in Nahost - und ein Konzept gemeinsamer Sicherheit in der Region sind Instrumente, Stabilität zu erreichen und Ressourcen für Zukunftsinvestitionen freizumachen.

9.

Terrorismus rechtsstaatlich bekämpfen: Terrorismus ist durch nichts zu rechtfertigen, egal mit welcher Begründung er auftritt. Dies gilt im Nahen Osten ebenso wie weltweit. Der Terrorismus muss weiterhin entschieden bekämpft werden. Dabei ist es elementar, dass beim Kampf gegen den Terror die internationalen Standards, die in den allgemeinen Menschenrechten und im Völkerrecht rechtsverbindlich verbrieft sind, strikt eingehalten werden.

10.

Transkulturellen Dialog ausbauen: Wir werden es nicht zulassen, dass geistige Brandstifter überall auf der Welt, einen Konflikt zwischen dem sogenannten Westen auf der einen und „dem Islam“ oder der arabischen Welt auf der anderen Seite herbeireden. Der Islam ist eine friedliche Religion, die wir wertschätzen und respektieren. Und die arabischen Länder blicken auf eine lange Tradition zurück. Es gilt, auf allen gesellschaftlichen Ebenen in einen tiefgehenden und kontinuierlichen Dialog einzutreten. Hier haben staatliche Stellen ebenso eine Aufgabe, wie Parteien, Kirchen, Gewerkschaften, Stiftungen und andere zivilgesellschaftliche Akteure.

11.

Überprüfung bestehender Instrumente: Die Europäische Union hat eine Reihe von Kooperationsinstrumenten mit den Ländern des Nahen Ostens entwickelt. Es muss überprüft werden, ob diese Instrumente zu einer kohärenten EU-Politik in der Region führen. Die EU muss – bei Bedarf – hier nachsteuern, feinjustieren und ggf. neue Instrumente entwickeln. Spätestens mit der deutschen Ratspräsidentschaft könnte hierfür die Initiative ergriffen werden. Gleiches gilt selbstverständlich auch für die Ressortabstimmung innerhalb Deutschlands.

Der Nahost-Konflikt, das entsetzliche Leiden der Menschen, hat uns alle betroffen gemacht und schockiert. „Ohne den Frieden ist alles andere nichts“ hat Willy Brandt sehr zutreffend formuliert. Es ist zu hoffen, dass unter dem Eindruck des Krieges der letzten Wochen die Chance für eine breit angelegte Friedensregelung ergriffen wird.

Die SPD und ihre Vertreterinnen und Vertreter werden sich weiterhin mit großem Nachdruck für eine solche nachhaltige und dauerhafte Lösung einsetzen. Dies sind wir den Menschen schuldig - und unserem eigenen Verständnis als Friedenspartei.